Condensirte Milch
hab. i. all Apoth. u. gröss. Drogenhdl

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 50,000 Stück.

Glaswaaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn, Neumarkt 11.** Fernsprechstelle 1119.

Dresden, 1890.

Oelgemälde: Originale u. Copien berühmter Meister, als Jagdstücke, Genrebilder, Landschaften etc. zum Preise von 75—700 Mk. **Oeldruckbilder** in grösster Auswahl, dem Preise entsprechend, gut gerahmt von 5 Stück 1 Mark bis 75 Mark. Einrahmung. Neuvergoldung. **B. Schilg,** Buch- und Kunst-Handlung, **Alaunstr. 16** (nahe dem Albert-Theater).

Gummi-Schuhe, Harburger, russische u. schottische. Grosses Fabriklager zu billigen Preisen. **Moritz Hartung, Altmarkt 13 u. Hauptstr.**

Tapeten Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. **F. Schade & Co.** Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. Tapeten

Lederwaaren-Specialität! Grösste Auswahl in allen Preislagen. **Geschmackvolle Neuheiten.** Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3 (zunächst dem Altmarkt).

Joppen, Havelocs, Kaisermäntel zu sehr billigen Preisen empfiehlt **Osc. Lehmann,** Schloßstr. Nr. 24.

Nr. 347. **Spiegel:** Reichstagsverhandlungen, die Sozialdemokratie. Hofnachrichten. Umwandlung von Staatspapieren, Landeskulturrath, Stadtverordnetensitzung, kirchliche Vorgänge, Gerichtsverhandlungen. „Tannhäuser" (Dr. Seidel). L. Richter-Denkmal. | **Sonnabend, 13. Decbr.**

Politisches.

In der Reichstagsverhandlung vom Donnerstag waren von ernster Bedeutung und durchaus ernst aufzufassen in erfreulichem Gegensatz zu den freisinnigen Reden die Worte Bebel's und Windthorst's. Bebels Kampfweise ist ungleich sympathischer, als die Bambergers, der kurz nach ihm sprach. Er unterwühlt nicht, er macht keine Rückenangriffe gegen die bestehende Ordnung, sondern er sagt ihr den Kampf an, wie ein Mann dem anderen. Er hat den Parteibeschluß von Halle, die Agitation hauptsächlich auf das platte Land zu tragen, im Reichstage noch einmal offiziell proklamirt und er hat auch die Hoffnung ausgesprochen, daß es seiner Partei gelingen werde, die Armee mit sozialistischen Elementen zu durchsetzen. Ob er sich nicht vielleicht allzu kühnen Hoffnungen hingiebt, wenn er von einem Siege in diesen beiden Richtungen in absehbarer Zeit träumt, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls aber legt er den Ordnungsparteien indirekt die Mahnung an's Herz, auf der Hut zu sein und kräftige Gegenwirkung zu üben. Schon bei den nächsten Wahlen, glaubt Hr. Bebel, werde namentlich bei uns in Sachsen die absolute Majorität den Sozialdemokraten gehören. Wir denken etwas anders, denn wir meinen, daß hierzulande die Citrone bereits ausgepreßt ist, daß namentlich auf dem Lande ein viel zu guter, religiöser und vaterlandsliebender Stamm wohnt, als daß die Zukunftsstaaten der internationalen, glaubenslosen Demokratie fruchtbaren Boden finden könnten. Trotzdem aber oder gerade deshalb müssen die sogenannten „privilegirten" Klassen an ihrem Theile Alles vermeiden, was die Abneigung der ärmeren Klassen erhöhen kann. Wenn aber der sozialdemokratische Abgeordnete die Uebertragung der sozialistischen Geheimlehre auf das Militär ankündigt, dann wird es Pflicht des Staates und der Gesellschaft, auf eine scharfe Abwehr dieses Versuchs zu dringen. Vielleicht ist hier der Gesichtspunkt nahezulegen, daß die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach jugendliche Leute bis zu 21 Jahren einem Verein nicht angehören dürfen, auch auf die Versammlungen ausgedehnt werde. Denn hierdurch würde das Hauptmittel einer Propaganda, durch welche die künftigen Rekruten bereits sozialistisch infizirt in die Armee einrücken, vernichtet und gleichzeitig das unangenehme Bild, daß in den „Arbeiterversammlungen" größtentheils minderjährige Burschen an den Biertischen sitzen, dauernd vermieden werden. So lange nicht ein Reichsgesetz hier eingreift, wäre es Sache der Landesgesetzgebung, hierin Wandel zu schaffen.

Gegen die Ausführungen Bebels wandte sich der Führer des Centrums in äußerst geschickter Weise. Er vermißte an den Bebel'schen Darlegungen mit Recht den Nachweis, daß die gerügten Mängel in der Gesellschaftsordnung selbst liegen und nicht vielleicht durch den Mißbrauch Einzelner hervorgerufen werden, aber er erkennt auch die Mahnung an, welche in den Worten des sozialdemokratischen Redners lag: „Hoch und Niedrig wird sich bemühen müssen, ob man nicht durch das Verhalten im Gebrauch der überkommenen Güter dazu beiträgt, daß die weniger gut Gestellten Manches schlecht finden." Das ist der Kern der Sache: Nicht der Staat allein, sondern jeder Einzelne muß dazu beitragen, die Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern auszugleichen. Ebenso treffend bemerkt Windthorst, daß man noch immer die Gesellschaftsordnung der Sozialdemokratie, ihr Staats- und Steuersystem vermisse, daß man gegen blose Negation nicht kämpfen könne. Ob er mit dieser Aufforderung Glück haben wird, ist billig zu bezweifeln, denn nur die Negation ist der Wind, der die Mühlen der Sozialisten treibt und ein positives Programm würde die Triebräder bremsen. Noch mehr aber ist es zu bezweifeln, daß sein warmherziger Appell an die Freunde Bebels, nicht die Leute aufzuwiegeln, sondern ihre Kräfte und Talente zur Verbesserung des Arbeiterlooses auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung und des geltenden Staatsrechtes zu verwenden, von nennenswerthem Erfolge begleitet sein wird. Alles, was auf dem sozialen Gebiete gilt, hat auch seine Bedeutung auf den anderen Gebieten des öffentlichen Lebens. Auch das Zoll- und Steuersystem wird von den Sozialdemokraten, wie von allen Demagogen der Welt angegriffen, ohne daß der Schatten eines Versuchs gemacht wird, einen Ersatz zu liefern. Bebel erkennt selbst an, daß der Staat Mittel haben muß, und doch sprach er gegen alle Steuern. Ist da die Aeußerung Windthorst's, dies zeuge von einer „kindlichen Auffassung", nicht doch vielleicht zu harmlos? Der Führer des Centrums hat auch Gelegenheit genommen, die Wahlpolitik seiner Partei, mit den Freisinnigen Schulter an Schulter zu kämpfen, gründlich zu desavouiren: Er erklärte die Lebensmittelzölle für unentbehrlich, er bezeichnete sie als die Ursache der Lohnverbesserung, der Hebung von Industrie und Ackerbau, er wies darauf hin, daß ohne diese Zölle die Erhöhung der Beamtengehälter unmöglich gewesen wäre und gab die bedeutsame Erklärung ab, zu einer radikalen Aenderung unserer Wirthschaftspolitik keinesfalls, zu einer theilweisen Aenderung nur dann die Hand bieten zu wollen, wenn sich aus der Regelung der internationalen Verträge die Nothwendigkeit hierzu ergäbe.

Es ist eine alte parlamentarische Gepflogenheit, daß bei der Berathung über den Etat über Alles gesprochen wird, was irgend einem zu Worte gelangenden Volksvertreter nur irgend auf dem Herzen liegt. Kolonialfragen, Verhandlungen über Handelsverträge, Gold- und Silberwährung, Militär und Marine, sozialistischer Zukunftsstaat, Latifundienwirthschaft und Kapitalistenbesteuerung. Alles, Alles brodelt munter in der großen Suppenterrine, und dem größten Feinschmecker aus der Zahl der Steuerträger ist es möglich, sich ein Stückchen für seinen Geschmack herauszufischen. Niemand macht von der Redefreiheit bei dieser Gelegenheit reichlicheren Gebrauch, als die Herren Freisinnigen. Dem zweiten Tage der allgemeinen Auseinandersetzungen folgte noch ein dritter, blos weil Herr Rickert mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit des Sprechmuskels einen Abschluß der Diskussion am Mittwoch verhinderte. Man kann ihm dafür nur wenig Dank wissen, denn er hat dem langsamen Leser parlamentarischer Berichte dadurch die Nothwendigkeit aufgezwungen, aus dem Munde des patriotischen Deutschen Bamberger, des Bruders des patriotischen Franzosen Bamberger (sprich Baugberiché), eine frische Auflage des von den Dioskuren Richter und Rickert Gesprochenen entgegenzunehmen. Man mag vom landwirthschaftlichen Standpunkte aus die Erscheinung des Wiederkäuens in der Hoffnung auf das zu erwartende Produkt freundlich begrüßen, vom Standpunkte einer politischen Aesthetik wünschte man etwas sparsamere Nachahmung der breitgestirnten, glatten Schaaren, zumal leider hier das schöne Wort paßt, welches Goethe dem Thoas in den Mund legt: „Man spricht vergebens Viel, um zu versagen — der And're hört von Allem nur das Nein!"

Mit diesen allgemeinen Bemerkungen ist das, was Herr Ludwig Bamberger vorbrachte, so ungefähr erledigt. Nur ein Punkt sei noch im Besonderen hervorgehoben, die Stellungnahme dieses Parteiführers wie die seiner Kollegen vom Orden der Wadenstrümpfe und Wasserstiefel gegenüber dem Kanzler Caprivi. Es klang wie die wehmüthigen Töne der Hirtenflöte aus den freisinnigen Zeitungsspalten, so lange es draußen mai'te und lenzte. Man war ja den bösen Wolf los geworden, der die fortschrittlichen Lämmer mit scharfem Zahne so oft bedroht hatte, und Hirten und Heerde schwollen von Hoffnung und Zuversicht. Das kleinste Ereigniß wurde im Sinne der eigenen Pläne gedeutet, um im weiten Vaterlande die Ueberzeugung wachzurufen, daß eine Kursänderung im Sinne der Richter und Rickert bevorstünde, und daß nach der langen Nacht des Bismarck'schen Systems eine freisinnige Götterdämmerung heraufziehe, goldigroth wie der Glanz der goldenen Internationale. Theilnahmsvoll verfolgte alle Welt die Bestrebungen Derer um Bamberger, sich mit der neuen Hoftracht auszusöhnen welche bekanntlich Enthüllungen in Bezug auf die Beine, vom Knie abwärts, herbeiführt und schon nahmen die geborenen Demokraten Tanzstunden, um einen kleinen Walzer im Kaiserlichen Schlosse riskiren zu können. Daß die Enttäuschung bitter ist, kann man den Herren eigentlich nicht übel nehmen, und daß Herr Richter in einer seltsamen Verkennung der Umstände dem Kanzler die „Schonzeit" kündigte, muß man ihm zu gute halten. Denn thatsächlich mußten die Freisinnigen während der Verhandlungen über den Etat zu der Erkenntniß gelangen, daß weder in Zoll- und Steuersachen noch in der Kolonialfrage oder sonstwo ein anderer Kurs beabsichtigt wird und daß selbst das gemüthliche und liebenswürdige Temperament Caprivi's in heftige Wallungen gerathen kann, wenn in einer die Interessen des Staates gefährdenden Weise Partei-Politik getrieben wird. Die Abwehr des greisen Windthorst, man dürfe während des Stadiums der Verhandlungen mit Oesterreich nicht in dieselben hineinpfuschen, ist eben leider auf steinigen Boden gefallen; wie Richter am Tage vorher, so bemühte sich auch Bamberger, den Oesterreichern Winke und Anweisungen zukommen zu lassen, als wäre Deutschland gezwungen, auch ohne gegenseitige Konzessionen seine Zölle fallen zu lassen. In österreichischen Regierungskreisen wird man allerdings wohl besser unterrichtet sein und vor Allem die politische Bedeutungslosigkeit der Fortschrittspartei kennen, auch wenn die Neue Freie Presse die freisinnigen Reden im Stenogramm wiedergiebt, während sie die Erwiederungen vom Regierungstische in einigen nichtssagenden Zeilen abthut. Hiermit seien die Männer des billigen Brotes verlassen und nur ein letztes Streiflicht falle auf die ver—frorene Aeußerung Bambergers: „Das Kartell war geschlossen, um der Nation gemeinsam das Fell über die Ohren zu ziehen". Aus welcher frommen Beschäftigung mag wohl der verehrte Abgeordnete das Bild entnommen haben?

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. December.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst der deutsch-türkische Handelsvertrag. Der Vertrag wird in erster und zweiter Lesung angenommen. — Es folgt erste Berathung des Zuckersteuergesetzentwurfs. Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz: Die Vorlage gestalte das System der Zuckerbesteuerung vollständig um, indem sie die Materialsteuer beseitige. Unter dem jetzigen System habe die deutsche Zuckerindustrie eine herrschende Stellung auf dem Weltmarkte gewonnen, viel Geld ins Land gebracht und die Landwirthschaft gehoben. Dies sei aber nicht nur durch die Steuerform, sondern in erster Linie durch Intelligenz und Fleiß erreicht worden. Die Technik der Entzuckerung habe bei uns die höchste Höhe erreicht. Das System der Rohmaterialienbesteuerung und der Ausfuhrvergütung habe dabei mit geholfen. Durch das Fortschreiten der Technik sei die Steuervergütung schließlich höher geworden als die bezahlte Steuer. Wenn ein System, dem so viel verdankt werde, fallen gelassen werde, so müssen dazu zwingende Gründe vorliegen. Der heutige Zeitpunkt sei zur Beseitigung desselben günstig. Bei dem derzeitigen Standpunkte der Technik werde die deutsche Zuckerindustrie ihre Position auf dem Weltmarkte behaupten. Die gemachten Fortschritte der Industrie kämen der Landwirthschaft, in deren Interesse die Abnahme von möglichst großen Rübenmengen liegt, nicht zu Gute, bei der ferneren Aufrechterhaltung des derzeitigen Steuersystems drohe eine verhängnißvolle Ueberproduktion, die das Reich auf die Dauer nicht noch durch Zuschüsse aus seiner Tasche unterstützen dürfe, um so weniger, als neue große Ausgaben, wie für die Invaliditäts- und Altersversicherung, bevorstehen. Gehe man erst in 3 Jahren zu einer Aenderung des Zuckersteuersystems über — und diese Aenderung sei unvermeidlich —, so werde sich dieselbe sehr viel schwerer vollziehen lassen; bis dahin dürften etwa 20 bis 25 neue Rübenzuckerfabriken entstanden, die Absatzverhältnisse aber schwieriger geworden sein. Auch den erleichternden Uebergang, den die Vorlage vorschlage, würde man dann nicht eintreten lassen können. Er bitte die Vorlage anzunehmen, im Interesse der Industrie sowie der Reichsfinanzen. Witt-Rostock (freis.): Was der Staatssekretär zur Begründung der Vorlage gesagt, sei der linken Seite des Hauses seit langen Jahren gepredigt worden, aber — über einen bekehrten Sünder sei ja mehr Freude als über 99 Gerechte. Das bisherige Festhalten an der Materialsteuer und dem Prämienwesen sei der Verderb für die deutsche Zuckerindustrie selbst gewesen. Durch das Prämiensystem seien in den letzten 20 Jahren nicht weniger als 481 Millionen an die Zuckerindustriellen auf Kosten der Gesammtheit gewährt worden, eine Unterstützung, wie sie noch nie einer Industrie zu Theil geworden. Die Vorlage beschränke sich aber nicht auf Beseitigung der Materialsteuer und der Ausfuhrprämien, sie schaffe eine neue Steuerbelastung, zu der ein Bedürfniß nicht vorliege. Auch aus politischen und sozialen Gründen lehne er die Vorlage in dieser Form ab. Gehe Deutschland mit der Aufhebung der Zuckerprämien vor, so werden alle übrigen Länder, die solche gewähren, bald nachfolgen, denn diese Prämien würden überall als drückende Last empfunden. Des in der Vorlage vorgesehenen dreijährigen Ueberganges bedürfe es nicht. Zucker sei kein Luxusartikel mehr, sondern gehöre zu den nothwendigsten Lebensmitteln. Eine hohe Verbrauchssteuer, wie sie die Vorlage wolle, sei daher nicht gerechtfertigt. Graf zu Stolberg-Wernigerode (cons.): Die Zuckerindustrie sei für die Landwirthschaft von größtem Nutzen. Der Rübenbau mache den Boden für den Getreidebau geeignet, trage zur Vermehrung der Viehhaltung bei und gebe Tausenden Lohn und Brot. Wenn die Materialsteuer schon aufgegeben werden solle, so frage es sich, ob sich nicht ein längeres Uebergangsstadium empfehle und ob der Sprung bei der Verbrauchssteuer von 12 auf 22 Mark nicht zu groß sei. Oechelhäuser (nationall.): Das Schwergewicht der Vorlage sei ein fiskalisches. Die Rücksichten auf die deutsche Zuckerindustrie und auf die Weltmarktsstellung derselben seien nicht in genügender Weise getroffen. Die deutsche Zuckerindustrie bedürfe gegenüber den Anstrengungen, welche namentlich die französische Industrie mache, fortgesetzt des Schutzes. Die Witte'sche Berechnung der Zuwendungen an die Zuckerindustrie sei völlig unrichtig. Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz weist Oechelhäuser gegenüber darauf hin, daß Frankreich ebenfalls eine erhebliche Herabsetzung der Prämien vorgenommen habe. v. Kardorff (Rp.): Mit der Vorlage werde ein ähnliches Experiment gemacht, wie mit der Aufhebung der Eisenzölle. Der Erfolg werde der gleiche sein. Das Motiv der Vorlage enthalte Anklänge an die Aera Delbrück-Camphausen. Brauche man neue Steuern, so solle man an Kattun und Eisen denken, vielleicht auch an eine Inseratensteuer, aber die Landwirthschaft solle man endlich in Ruhe lassen. Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz will die so vielfach angegriffenen Motive der Vorlage gern preisgeben, wenn die Vorlage nur selbst angenommen werde. (Heiterkeit). Heine (soz.): Die reichen Zuwendungen an die Zuckerindustrie hätten keine Verbesserung der Lage der Arbeiter in den Zuckerfabriken gebracht. Die Zuckerfabriken seien ein Moloch, der die Arbeitskräfte massenhaft verschlinge, Männer-, Frauen- und Kinderarbeit gegen die schlechteste Bezahlung. Dr. Buhl (nationall.) erklärt Namens seiner politischen Freunde, der Regierung seine Unterstützung nicht versagen zu wollen, wenn diese die Aufhebung der Prämien durchsetzen zu können glaube. Dr. Barth (freis.): Die Prämien müßten sofort beseitigt werden. Eine der unheilvollsten Folgen derselben sei, daß sie die Weltmarktspreise verwirrten. Wir zahlten jährlich viele Millionen, damit die Engländer billigeren Zucker bekämen. Die Vorlage geht an eine 28er Kommission. Nach kurzer Pause findet eine zweite Sitzung statt, in welcher der deutsch-türkische Handelsvertrag angenommen wird. Ein Antrag Auer (soz.) auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Kunert, der wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz in Untersuchung ist, wird angenommen, ebenso die Anträge der Geschäftsordnungskommission, wonach die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs Hans Müller in Naumburg und der verantwortlichen Personen der Zeitung „Volksstimme" in Magdeburg wegen Beleidigung des Reichstages nicht ertheilt wird. Die nächste Sitzung den 13. Januar. Auf der Tagesordnung die Anträge der Sozialdemokraten und Freisinnigen, betreffend die Aufhebung der Lebensmittelzölle. Der Präsident ersucht die Kommissionen, bereits am 8. Januar mit ihren Berathungen zu beginnen, damit es dem Plenum nicht an Berathungsstoff fehle.

Berlin. Der Bundesrath überwies gestern u. A. den Entwurf einer Verordnung wegen des Verbots von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen an die zuständigen Ausschüsse. — Die Berathung der von den deutschen Großlogen eingesetzte Kommission über die Errichtung eines deutschen Freimaurertages (Freimaurerparlament) hat zu einem befriedigenden Ergebniß geführt.

Bremen. Der „Weserzeitung" zufolge ging bei dem Bundesrathe eine Vorlage ein, wonach der Zoll für Arac, Cognac und Rum von 125 Mark auf 180 Mark erhöht werden soll.

Wien. Die Generalversammlung der österreichischen Waffenfabrik setzte die Dividende auf 35 Gulden 8 Gulden höher als im Vorjahre, fest. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, ist durch Bestellungen verschiedener Regierungen die Jahre lange Beschäftigung der Fabrik gesichert.

London. Aus Kairo wird gemeldet: Der Mahdi sammelt 20,000 Krieger, um im Frühling gegen Egypten vorzurücken.

Die Berliner Börse verlief in lustloser Haltung, wozu die Sorge vor knapperem Geldstand und Schwierigkeiten bei der Liquidation beitrugen. Banken setzten zwar etwas niedriger ein, gaben aber bald nach. Von deutschen Bahnen waren besonders Marienburger befestigt. Böhmische Bahnen profitirten im späteren Verlauf von Deckungen. Bergwerke ziemlich schwach, fremde Fonds blieben unbeachtet, Russen waren abgeschwächt, Cassaverkehr ruhig. Die Course tendirten zur Schwäche. Privatdiskont 5¼ Proz. Nachbörse befestigt. — **Wetter:** Vormittags aufgeklärt, Nachmittags bedeckt, etwas Schnee. Ostwind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit 266,40. Staatsb. 214,10. Lomb. 118,40. Galizier —,—. Egypter 96,90. ungar. Goldr. 90,80. Disconto 208,30. Dresdn. Bk. —,—. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien. (Abendb.) Credit 302,60. Staatsbahn 242,75. Lombarden 134,50. Nordwest 216,00. Marknoten 56,85. Ung. Credit 357,50. Schwächer.

Paris. (Schluß.) Rente 96,17. Anleihe 104,50. Italiener 93,85. Staatsbahn 555,00. Lombarden 308,00. do. Prioritäten —. Spanier 75⅛. Egypter 486,25. Ottomanen 615,00. Escomptes —,—. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per December 26,80, per März-Juni 26,60, ruhig. Spiritus per December 37,00 per Mai-August 39,75, fest. Rüböl per December 63,50, per März-Juni 65,25, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 222, per Mai —. Roggen per März 156, per Mai 152.

London (Produkten-Bericht). Getreide ruhig. Weizen unverändert, träge. Mehl träge, ordinärer russischer Hafer ¼ Sh. billiger, Uebriges unverändert. — Wetter: Frost, kalt.

Milch u. Butter zum Stollenbacken
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.